

Er habe Bundespräsident von Weizsäcker nach Prag eingeladen. Der Besuch dort könne kurz sein, aber ihm komme große Bedeutung zu.<sup>3</sup>

Der Bundeskanzler wiederholt, er sei persönlich sehr engagiert, was den Erfolg von Staatspräsident Havel betreffe – dies sei eine Feststellung, die der Bundeskanzler nicht gegenüber jedem mache. Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an ein Gespräch über das Schicksal von Václav Havel, das er während seines Besuches in Prag mit Kardinal Tomášek geführt habe.<sup>4</sup>

Ihm sei klar, daß die Aufgabe, vor der Staatspräsident Havel jetzt stehe, ungewöhnlich für ihn sei. Wenn sich aber jetzt die Europäer klug verhalten würden, würden die nächsten 10 Jahre das Jahrzehnt Europas – nicht das der Japaner.

*Hartmann*

### Nr. 135 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand Latché, 4. Januar 1990

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 80, Bl. 8/1–8/12. – Vermerk des MDg Neuer, 8. Januar 1990.

An dem Gespräch nahmen auf deutscher Seite der Unterzeichner als Note taker und Herr Zimmermann als Dolmetscher teil; auf französischer Seite Herr Hennekenne als Note taker, Frau Stoffaes als Dolmetscherin.

Präsident Mitterrand bemerkt einfürend, zur Zeit bewege sich sehr viel. Es sei eine glückliche Bewegung. Der bisherige Zustand sei im Grunde unerträglich gewesen; es habe sich aber um eine ruhige Ordnung gehandelt.

Der Bundeskanzler führt aus, das neue Jahrzehnt werde ein gutes Jahrzehnt werden. Sehr wichtig seien die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Der gemeinsame Weg müsse fortgesetzt werden; wenn dies nicht der Fall wäre, wäre dies sehr tragisch. Die Geschichte nehme ihren Lauf. Die Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa könne nicht angehalten werden. Die große Unbekannte dabei sei die Entwicklung in der Sowjetunion. Es sei wichtig, Gorbatschow zu stabilisieren. Eine Chance gebe es. Er wolle so weit wie möglich hilfreich sein. Die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion sei sehr schlecht. Man müsse überlegen, wie man helfen könne. Die übrigen Länder in Mittel- und Osteuropa seien im Umbruch begriffen. Am optimistischsten sei er bezüglich Ungarns.

Präsident Mitterrand wirft ein, er werde in zwei Wochen nach Ungarn reisen.

Der Bundeskanzler fährt fort, er sei vor kurzer Zeit in Ungarn gewesen.<sup>1</sup> Ein großes Problem dort sei die Sanierung des Haushaltes. Ungarn werde aber seine Probleme bewältigen können. In Polen sei die Lage schwierig. Die Regierung sei zwar stabiler als in Ungarn, aber die wirtschaftliche Lage sei instabiler. Der große Vorteil von MP Mazowiecki sei, daß er das Vertrauen der Bevölkerung genieße. Ein Vorteil sei auch, daß Jaruzelski und Mazowiecki gut zusammenarbeiteten. In Rumänien sei die Lage sehr schwierig; das Land sei aber nicht von so zentraler Bedeutung wie die vorgenannten. Dies gelte auch für Bulgarien. Die ČSSR

3 Bundespräsident von Weizsäcker besuchte Prag am 15. März 1990, dem 51. Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen in die ČSSR (Bulletin. Nr. 36. 17. März 1990, 277–281).

4 Während eines offiziellen Besuchs in der ČSSR traf Bundeskanzler Kohl am 27. Januar 1988 mit Kardinal Tomášek zusammen (Erklärung vor der Presse, 27. Januar 1988, ebd. Nr. 18. 3. Februar 1988, 149–151, hier 149; Kohl, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, 90f.).

1 Nr. 117 Anm. 4 und Nr. 124.

könne auf die Beine kommen. Er sehe dort aber größere Schwierigkeiten als in Ungarn voraus. Die jetzige Führung der ČSSR sei sehr sympathisch, ...<sup>2</sup> Er sei mit Havel gerade zusammengetroffen.<sup>3</sup> Havel stelle eine große moralische Macht dar. Auch der Ministerpräsident habe eine relativ geringe Kenntnis der Sachfragen. Es fehle bei der derzeitigen tschechoslowakischen Führung an Handwerklichem. Die ideellen Voraussetzungen hingegen seien bei ihr voll gegeben. ...<sup>4</sup> Wenn die Führung für die Entwicklung der Wirtschaft günstige Bedingungen schaffen könne, werde die ČSSR schnell wieder auf die Beine kommen. Die Chance dort sei größer als z. B. bei den Polen. Auch Ungarn habe größere Chancen als Polen. ...<sup>5</sup> Die Lage in der DDR sei schlechter, als die DDR-Führung sie darstelle. Es komme darauf an, ob die Führung dort bereit sei, die Reformen durchzuführen. Wenn dies nicht schnell geschehe, könnten katastrophale Verhältnisse eintreten. Die Menschen dort hätten das Vertrauen verloren. ...<sup>6</sup> Ein Problem sei, daß die Struktur der Blockparteien erhalten geblieben sei. Sie hätten Geld vom Staat bzw. der SED erhalten. Die neuen Gruppen seien zwar von großem Idealismus getragen, jedoch nicht sehr solide strukturiert. In der Bevölkerung bestehe eine abwartende Tendenz. Die freien Wahlen würden sicherlich wie vorgesehen im Mai stattfinden. Wenn es in dieser Hinsicht Schwierigkeiten gebe, würde die Regierung innerhalb von 14 Tagen kollabieren durch eine dann dramatisch zunehmende Ausreisewelle. Zur Zeit würden immer noch etwa zweitausend Menschen pro Tag die DDR verlassen. Es sei wichtig, der Bevölkerung das Vertrauen zu vermitteln, daß aus dem Anschein Wirklichkeit werde. Die Menschen müßten sehen, daß es vorwärts gehe. Dieser Gesichtspunkt sei für ihn auch bei seinem 10-Punkte-Programm entscheidend gewesen. In dieser Woche gebe es eine sehr kritische Lage. Die DDR-Führung habe zwar den Stasi aufgelöst, jedoch geheim beschlossen, daß die Mitarbeiter des Stasi noch drei Jahre ihr volles Gehalt beziehen. Die Menschen würden so etwas nicht tolerieren. Bei der gestrigen Sitzung des „Runden Tisches“ sei der Vorwurf erhoben worden, daß ein kleinerer Stasi im Verborgenen wieder eingeführt werde.

Der Bundeskanzler fährt fort, daß bis zum April ein Vertrag über die Vertragsgemeinschaft abgeschlossen werden solle, in dem Fragen wie Umweltschutz, Verkehrsfragen und anderes geregelt würden. Die Behandlung dieses Vorhabens betrachte er als eilig, damit die Menschen in der DDR sehen, daß es weitergeht. Wenn das dort nicht sichtbar würde, werde es einen Kollaps geben. Die Menschen würden die DDR verlassen, und zwar die, die für das Land am interessantesten seien. Er wolle hier nur auf das Beispiel der Krankenhäuser in der DDR hinweisen. Es nütze auch nichts mehr, die Menschen am moralischen Portepée zu fassen. Hier lasteten die 40 vergangenen Jahre schwer. Das Ziel seiner Politik sei es, die Menschen zum Bleiben in der DDR zu veranlassen. Dies setze voraus, daß sich die Wirtschaftsdaten schnell änderten. Eine Anpassung an die Verhältnisse bei uns werde allerdings Jahre dauern. Was er nicht verstehen könne, sei, daß man außerhalb Deutschlands Zweifel daran habe, was die Deutschen wollten. Das sei eindeutig. Die Deutschen wollten zusammenkommen. Wer in Dresden an der Frauenkirche gestanden habe, habe dies gespürt. Was man von den Deutschen erwarten müsse, sei, daß sie auf ihre Umwelt Rücksicht nehmen. Der Satz Adenauers erweise sich als richtig: Die deutschen Probleme könnten nur unter einem europäischen Dach gelöst werden. Die Wiedervereinigung warte nicht an der nächsten Ecke, sondern dies werde Jahre dauern. Auch aus deutschen Gründen. Das Niveau bezüglich der gesellschaftlichen Verhältnisse und des Sozialsystems sei so unterschiedlich, daß man die beiden Teile nicht einfach zusammenfügen könne. Sie müßten zusammenwachsen. Ganz

2 Halber Satz nicht freigegeben.

3 Nr. 134.

4 Ein Satz nicht freigegeben.

5 Ein Satz nicht freigegeben.

6 Vier Sätze nicht freigegeben.

wichtig für das deutsch-französische Verhältnis sei es auch, daß die Deutschen sehen, daß sie Freunde haben. Die Deutschen wollten ein Licht am Ende des Tunnels sehen. Daß die Wiedervereinigung nicht von heute auf morgen komme, sehen sie ein. Aber die Hoffnung müsse es geben. Es sei wichtig, daß in den neunziger Jahren ein Prozeß stattfinde, bei dem die EG entscheidend vorankomme. Die feste Verankerung Deutschlands in der EG sei die Voraussetzung für die spätere Entwicklung. Deshalb sollten wir alles machen, was wir uns gemeinsam vorgenommen hätten. Der Bundeskanzler unterstreicht erneut die Wichtigkeit der deutsch-französischen Beziehungen. Ein Teil der Kolleginnen und Kollegen könnten nicht begreifen, daß es keine Lösung 1919, auch keine Lösung 1945 geben könne, sondern daß man eine Lösung 2000 erreichen müsse. Er werde am 17. Januar 1990 in Paris einen Vortrag halten<sup>7</sup> und dort auch seine Auffassungen vortragen. Er verstehe die Ängste der anderen. Aber aus Ängsten könne man keine Welt aufbauen. Mit großem Interesse habe er die Neujahrsrede Präsident Mitterrands<sup>8</sup> gelesen. Zur Sowjetunion bemerkte der Bundeskanzler, das Land brauche den Pluralismus. Ohne ein pluralistisches System könne es im Computerzeitalter nicht bestehen. Intelligente und kreative Menschen wollten die Freiheit. Es werde sich schließlich auch die Frage nach den militärischen Bündnissen stellen. Er sage, im Verhältnis zur DDR müßten konföderative Strukturen entwickelt werden, aber keine Konföderation. Das bedeute, daß die beiden Länder in einer Übergangszeit zusammenarbeiteten, obwohl sie unterschiedlichen Blöcken angehörten. Am Ende müsse der Prozeß der europäischen Integration stehen – für die Staaten, die dies wollten –, wo dann ein Teil der Souveränität an die Gemeinschaft übertragen werde. Es sei wichtig, daß die beiden Teile Deutschlands dies akzeptierten. Sein Wort vom Handeln mit „Augenmaß“ sei inzwischen auch international akzeptiert worden. Die Entwicklung müsse zusammen mit den Nachbarn erfolgen. Das Deutschland von morgen werde ein westlich orientiertes Land sein. Der Rhein habe heute eine andere Bedeutung als früher. Das Lebensgefühl in Deutschland sei anders geworden. Die DDR sei nicht Ostdeutschland, sondern Mitteldeutschland. Beim Bewahren von Vernunft und Augenmaß werde sich alles gut entwickeln. Für uns sei es von großer Bedeutung, daß auch optisch klar werde, daß wir diesen Weg nicht isoliert gehen und nicht gehen wollen. Der geborene Partner für uns sei Frankreich. Dies liege auch im Interesse Frankreichs. Er wolle ganz offen sagen, daß es gut wäre, wenn die Entwicklung mit Mitterrand und ihm persönlich, dem Bundeskanzler, verbunden werden könnte. Zu Recht würden der Präsident und er als diejenigen gelten, die den Europa-Motor wieder angeworfen hätten. Man müsse auf dieser Linie weitermachen. Die Geschichte habe sich so entwickelt, daß die Weiterentwicklung Europas von Persönlichkeiten angestoßen worden sei. Wenn es keine weitere positive Entwicklung im Hinblick auf Europa gebe, hätte dies für Ungarn, Polen und die ČSSR katastrophale Folgen. Gegen Moskau wolle er keine Anti-Position beziehen. Man müsse die Probleme mit Moskau auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik lösen. Auch die Grenzen müßten garantiert werden. Die Diskussion um die Oder-Neiße-Grenze sei ein nur künstlich erzeugtes innenpolitisches Problem. Interessant sei übrigens, daß PM Thatcher mit Grenzen in diesem Sinne offenbar auch die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR meine. Der Bundeskanzler kommt nochmals auf Polen zu sprechen und bemerkt, man müsse dem Land auf seinem Weg nach Europa helfen. Sonst werde es keine Ruhe geben. Die Deutschen und Frankreich seien hierzu besonders berufen. Bismarck habe gesagt, der Weg nach Warschau führe über Paris. Dies sei ein kluger Satz. Er glaube, es wäre gut,

7 Nr. 138 Anm. 1.

8 Arbeitsübersetzung der wesentlichen Passagen der Neujahrsbotschaft des französischen Staatspräsidenten, Anlage zur Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl, 3. Januar 1990; BK, 211 – 30101 F 2 Fr 17 Bd. 3. Wortlaut: „Le vœux de M. François Mitterrand“, in: *Le Monde*. 47. Jg. Nr. 13975. 2. Januar 1990, 5; „Une confédération européenne“ ouverte aux pays de l’Est“, in: *Le Figaro*. Nr. 14105. 1. Januar 1990, 6.

wenn in den nächsten Wochen in aller Diskretion zwischen uns eine Art Agenda aufgestellt würde, wie man an diese Probleme gemeinsam herangehen könne. Der Weg der neunziger Jahre müsse ein deutsch-französischer Weg sein. Die Stellungnahme der französischen Presse und der politischen Klasse in Frankreich zu seinem Zehn-Punkte-Plan habe ihn zum Kopfschütteln veranlaßt. Der Zehn-Punkte-Plan sei notwendig gewesen, um die Diskussion in Deutschland zu kanalisieren. Seine Verkündung habe zur Folge gehabt, daß die extreme Rechte in dieser Frage aus der Diskussion sei, nur die Linksextremen behandelten das Thema in Richtung Neutralismus. Die Bürger der DDR hätten alle Prophezeiungen überannt. Die Menschen wollten eine vernünftige gemeinsame Zukunft. Sie wüßten, daß Lösungsrecht nicht am Mittag des nächsten Tages zu erwarten seien. Wenn man sie in diesem Jahrzehnt plaziere, sehe er eine gute Chance, ohne daß er ein Datum nennen wolle. Die deutsch-französische Gemeinsamkeit sei auch deswegen wichtig, weil sich die USA mit einem deutsch-französischen Vorspann lieber als alleine in dieser Arena bewege.

Präsident Mitterrand führt aus, bei dieser rapiden Entwicklung in Europa sehe er zwei Probleme, nämlich das russische Problem und das deutsche Problem. Er wolle hier ganz bewußt den Ausdruck „russisch“ gebrauchen. Bei diesen beiden Problemen liegen die hauptsächlichen Reibungspunkte. Die unmittelbare Zukunft Gorbatschows sei nicht leicht mit der augenblicklichen Entwicklung in Einklang zu bringen. Das Experiment Gorbatschow werde noch für eine gewisse Zeit weitergehen. Was komme danach, wenn er scheitere? Ultras! Keine Kommunisten, aber eine harte Militärdiktatur. Es werde an das nationale oder nationalistische Gefühl appelliert, um Gorbatschow zu stürzen. Das kommunistische System sei bis ins Mark getroffen. Es werde sich nicht mehr erholen. Alle seien sich dessen bewußt. Aber das imperiale und das russische Nationalgefühl seien durch die Entwicklung in Osteuropa sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Er wolle hier nur das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion nennen. Wenn die Militärs gewönnen, würden sie mit der Liberalisierung weitermachen. Aber die nationalistischen Elemente würden stark in den Vordergrund gestellt. Blut würde in Georgien und anderen Teilen der Sowjetunion fließen. Wo sie nicht nachgeben würden, sei das deutsche Problem. Gorbatschow selbst könne mit der Zeit bei geschicktem Vorgehen Verständnis entwickeln.

Präsident Mitterrand fährt fort, man müsse sehen, daß die Freunde Deutschlands, wenn sie sich vorsichtig äußerten, sofort als schlechte Freunde oder sogar als Verräter angesehen würden. (Präsident Mitterrand bezieht sich auf Kommentare der deutschen Presse, „sogar die FAZ.“) Man könne nicht vernünftig über diese Fragen reden. Das Problem der Wiedervereinigung in der einen oder anderen Form sei angelaufen. Die Lösung müsse vom Willen der Deutschen in den beiden Staaten abhängen. Niemand stehe es zu, hier hineinzureden. Die Deutschen müßten verstehen, daß Ostdeutschland zum Warschauer Pakt, Westdeutschland zur NATO gehöre, daß die Wirtschaftssysteme und vieles andere unterschiedlich seien und daß jeder unkluge Schritt Gorbatschow verpflichtet, zu reagieren oder zu verschwinden. Für ihn, den Präsidenten, wäre das einzig wirkliche Problem, diesen Widerspruch in Einklang zu bringen. Die Einigung Deutschlands dürfe nicht so erfolgen, daß die Russen sich verhärteten und mit Säbelrasseln reagierten. Wir seien am Rande einer solchen Entwicklung. Gorbatschow sei in Kiew sehr unruhig gewesen,<sup>9</sup> nicht wegen der Entwicklung an sich, sondern wegen der überstürzten Eile. Heute sehe man nicht klar, wie die deutschen Staaten nach den Wahlen mit 365 000 Russen in Ostdeutschland zusammengehen könnten. Es sei dies eine Frage des Zeitplans. Wenn man mit der Vertragsgemeinschaft beginne, wie der Bundeskanzler dies vorhabe, würden die öffentliche Meinung und die Russen sich an den Gedanken gewöhnen. Dies sei der Weg der Geschichte, und man werde sich daran gewöhnen. Für ihn sei

9 Nr. 117 Anm. 8.

es kein Argument, wie z. B. für Großbritannien oder die Niederlande, daß es 80 Millionen Deutsche gebe. Es gebe eben diese 80 Millionen. Dies sei eine geschichtliche Realität. Man könne nicht gegen den Strom der Geschichte schwimmen. Aber die geographische Karte Europas könne zur Zeit nicht zu starke Spritzen verkraften. Deshalb verbinde er das deutsche mit dem russischen Problem. Die Realität Europas habe eine lange Geschichte. Kenner der Geschichte wüßten, daß zum Beispiel Ostpreußen und Schlesien länger deutsch als polnisch gewesen seien. Aber das Problem dieser Grenze präsentiere die Risiken des Bruchs, während das Problem der innerdeutschen Grenze nicht von der gleichen Qualität sei. Als die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet worden sei, sei die innerdeutsche Grenze eine Grenze wie alle anderen gewesen. Heute jedoch erscheine sie wieder in ihrer geschichtlichen Realität, nämlich als eine Grenze anderen Charakters. Andere Grenzen seien schlecht gezogen worden. Dies gelte für 1919 und auch für 1945. Er glaube, daß das Problem eines Volkes, das nie seine richtigen Grenzen gefunden habe, ein besonderes Problem sei. Selbst wenn die Grenzen schlecht gezogen seien, wie zum Beispiel zwischen der Sowjetunion und Polen oder Rumänien, so seien dies Grenzen, die im großen und ganzen keine Nationen trennten. Dem Präsidenten sei die Wiedervereinigung Deutschlands kein Problem, sie sei eine Realität. Wenn beide Teile Deutschlands Regierungen wählten, die die deutsche Einheit wollten, wäre es dumm und ungerecht, sich dem zu widersetzen. Aber es gebe immer noch eine Mischung von dem Europa von 1919 und 1945 und nicht von 1990. 1919 sei der Gedanke der Nationalitäten übertrieben worden. An den Folgen trage man noch, wie die Vorgänge in Jugoslawien zeigten. 1945 seien Nationen geteilt worden. Die Idee der Vertragsgemeinschaft sei eine gute Idee. Man müsse sich dann Zeit nehmen, die Fragen der Allianzen und der Rüstung zu klären. Wenn die beiden Deutschlands durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen militärischen Lagern getrennt würden, gebe es keine Chance. Es bestehe dann die Gefahr der Neutralisierung. Der Bundeskanzler wirft ein, dies sehe er als die größte Gefahr an. Präsident Mitterrand fährt fort, dies wäre die sowjetische These. Es erfordere große Geschicklichkeit, dieses Problem zu lösen.

Der Bundeskanzler wiederholt, daß es sich hier um den wichtigsten Punkt handle. Er habe deshalb seinen Zehn-Punkte-Plan verkündet und auch das Beispiel vom Tunnel verwandt, an dessen Ende für die Deutschen Licht zu sehen sein müsse. Wenn wir nicht klaren Kurs steuerten und mit Augenmaß vorgingen, werde die Idee der Neutralisierung Deutschlands kommen. Das innenpolitische Argument dafür, es sei keine Armee mehr erforderlich, wäre sehr bequem.

Präsident Mitterrand stellt die Frage, wie die Sowjetunion das Aufgeben ihrer militärischen Position akzeptieren werde, wenn nicht die USA und die anderen Mächte ebenfalls ihre Position aufgäben. Er habe hierauf keine Antwort. Man müsse Zeit haben zum Nachdenken. Man dürfe nicht so schnell vorgehen; zunächst müsse man eine Strategie haben. Präsident Mitterrand wiederholt, daß Frankreich an das Vorhandensein von 80 Millionen Deutschen gewohnt sei. (Es folgt ein historischer Exkurs bis in die Zeit Karls des Großen.) Zum ersten Mal in tausend Jahren gebe es jetzt eine Antwort auf diese Frage. Sie laute, die enge Verbindung von Deutschland, Frankreich und Europa. Anstelle eines bewaffneten Gleichgewichts sei ein friedliches Gleichgewicht getreten. Für das weitere Handeln sei das „Timing“ wichtig. Wenn er, Mitterrand, Deutscher wäre, wäre er für die Wiedervereinigung so schnell wie möglich – er würde sogar mit Bedauern sehen, daß nicht alle Deutschen die Wiedervereinigung so schnell wollten. Aber er sei Franzose. Er spreche jetzt nicht, um französische Interessen zu berücksichtigen, wenn er sage, Europa habe noch keine klare Geographie. Europa wisse nicht, wohin es steuere. Wir seien nicht daran interessiert, daß Gorbatschow verschwinde. Das Schicksal Gorbatschows hänge von Helmut Kohl mehr ab als von Ligatschow.

Der Bundeskanzler wirft ein, er wisse das und Gorbatschow wisse dies auch. Gerade deshalb

sehe er die deutsch-französischen Beziehungen als besonders wichtig an. Er empfinde es als sympathisch, wie Präsident Mitterrand sich geäußert habe, als ob er Deutscher wäre. Der kritische Punkt jetzt sei, daß er, der Bundeskanzler, erreichen müsse, daß die Menschen in der DDR bleiben. Dieses Problem sehe man leider außerhalb Deutschlands nicht. Wir würden nicht durchhalten, wenn zu viele aus der DDR davonliefen.

Präsident Mitterrand bemerkt hierzu, es sei richtig, wenn der Bundeskanzler sage, die Deutschen müßten Licht am Ende des Tunnels sehen. Man müsse gemeinsam vorgehen und die deutsche und die europäische Einheit gleichzeitig anstreben.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei das Schlüsselwort.

Präsident Mitterrand stellt die Frage, was mit den Staaten geschehe, die jetzt nicht in die EG eintreten könnten, wie zum Beispiel Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei. Was sei mit Österreich, was mit der Türkei? Die EG könne sie nicht alle aufnehmen. Dies müsse in den nächsten Wochen gründlich überlegt werden. Man müsse einen Status und Strukturen finden mit den Ländern Europas, die man nicht draußen lassen könne. Es müßten Verträge, auch politische Verträge mit diesen Ländern abgeschlossen werden. Eventuell auch mit der Sowjetunion. Dann werde es eine neue Lage Ende dieses Jahrhunderts geben.

Der Bundeskanzler stimmt zu. Selbst wenn Gorbatschow stürzen sollte, würden dessen Nach-Nachfolger dessen Weg weitergehen.

Präsident Mitterrand teilt diese Auffassung. Er fährt fort, der Bundeskanzler solle klar zeigen, daß die polnische Grenze nicht in Frage gestellt werde. Es müsse schnell eine Konzeption gefunden werden. Bis 1995 müsse die EG gestärkt werden und dann ein Abkommen-system mit den anderen demokratischen Ländern Europas begründet werden. Wenn die Sowjetunion nicht eine gleiche Entwicklung mitmache, werde sie isoliert sein.

Der Bundeskanzler stimmt zu und gibt seiner Meinung Ausdruck, daß diese gesamte Entwicklung sich im nächsten Jahrzehnt vollziehen werde.

Präsident Mitterrand betont, daß man keine Unruhe schaffen dürfte.

Der Bundeskanzler bemerkt hierzu, genau dies sei seine Politik.

Präsident Mitterrand äußert, wenn er nicht rede wie der Bundeskanzler, dann würden die großen Leitartikler in der Bundesrepublik intolerant reagieren. Er akzeptiere, daß die beiden deutschen Staaten Verträge schließen und sich vereinigen. Mehr könne man doch von ihm nicht verlangen. Allerdings dürfe die Lösung des deutschen Problems nicht ein neues russisches Drama hervorrufen oder umgekehrt.

Der Bundeskanzler bemerkt, was die Zeitungen schreiben, fechte ihn nicht an. Präsident Mitterrand werde mit der Auffassung der „politischen Klasse“ in Paris identifiziert. In den deutschen Zeitungen werde alles zusammengewürfelt. Aus seiner Sicht wäre das wichtig, daß die Menschen in Deutschland – und er brauche bewußt diesen Ausdruck – das Gefühl hätten, es bleibe bei der deutsch-französischen Freundschaft, es bleibe bei der engen Kooperation Kohl/Mitterrand, es bleibe bei dem europäischen Kurs und im Elysée sitze ein Mann, der die Entwicklung in Deutschland mit Sympathie betrachte.

Präsident Mitterrand sagt hierzu: „Das halte ich fest.“

Der Bundeskanzler fährt fort, es sei ein irrationales, aber wichtiges Element: Insbesondere die jungen Leute wollten, daß man ihnen vertraue. Niemand wolle Streit mit den Russen. Man müsse eine Lösung mit Gorbatschow suchen.

Das Gespräch, das um ca. 12.15 Uhr begonnen hatte, wurde gegen 14.00 Uhr unterbrochen.

Es wurde beim Mittagessen, bei dem auch Frau Mitterrand<sup>10</sup> teilnahm, fortgesetzt.

10 Danielle Mitterrand, geb. 1924.

Auf Fragen des Präsidenten führt der Bundeskanzler aus, ...<sup>11</sup> Natürlich wolle er<sup>12</sup> die Herrschaft der SED aufrechterhalten. Jetzt sehe man, welche große Macht der Stasi hatte.

Präsident Mitterrand stellt die Frage, ob die Deutschen sich den Kommunismus weiter gefallen lassen würden. Der Bundeskanzler sagt hierzu, dies werde überhaupt nicht der Fall sein. Aber die erste freie Wahl werde noch kein richtiges Bild geben.

...<sup>13</sup>

Der Bundeskanzler fragt, ob es in der KPF auch Bewegung gebe.

Präsident Mitterrand bejaht diese Frage. Er bezweifelt, ob sich Marchais wohl halten werde. Zur Situation der KPI stellt Präsident Mitterrand fest, die Führer der KPI seien keine Kommunisten mehr.

Präsident Mitterrand stellt die Frage, wie der Bundeskanzler auf die Ereignisse in Rumänien reagiert habe.

Der Bundeskanzler führt zunächst aus, daß noch 160 Tausend Deutsche in Rumänien lebten. Ceauşescu habe viel Geld mit diesen Deutschen verdient. Jahr für Jahr habe man 15 bis 20 Tausend Deutsche freigekauft. Das Geld habe Ceauşescu selbst eingesteckt. Ceauşescu habe ihm einen Brief geschrieben, er solle Rumänien einen offiziellen Besuch abstatten, sonst werde er das Abkommen nicht verlängern. Nach weiteren 14 Tagen habe er mitgeteilt, er werde organisieren, daß die rumänischen Arbeiter den deutschen Arbeitern Lebensmittel schickten. Ceauşescu sei verrückt geworden. Für viele sei es ein Glück gewesen, daß er hingerichtet worden sei. Er hätte viele belastet.

Präsident Mitterrand bemerkt, Ceauşescu habe keine Chance gehabt. Alle hätten ihn verlassen. Es sei erstaunlich, daß er nicht einmal einen eigenen Piloten für seinen Hubschrauber gehabt habe.

Die anschließende Frage Präsident Mitterrands, ob Modrow bereit sei, ein Abkommen über die Vertragsgemeinschaft zu schließen, bejaht der Bundeskanzler. Er macht kurze Ausführungen zum möglichen Inhalt dieses Abkommens. Ein großes Problem sei, ob die DDR-Führung im wirtschaftlichen Bereich die richtigen Schritte mache. Auch davon hänge es ab, ob die Menschen dort blieben. Es müsse erreicht werden, daß sie bleiben.

Präsident Mitterrand stellt die Frage, ob die Russen Geld oder Naturalien von der DDR erhalten hätten.

Der Bundeskanzler bemerkt, es seien Lieferungen in die Sowjetunion erfolgt. Auch Ungarn habe das gleiche Problem.

Präsident Mitterrand meint, diese Länder würden dagegen revoltieren.

Der Bundeskanzler teilt diese Auffassung. In einer kurzen Charakterisierung bezeichnet der Bundeskanzler MP Németh als den kompetentesten Mann; MP Mazowiecki als überzeugend und umfassend gebildete Persönlichkeit, dessen Stärke jedoch nicht Wirtschaftsfragen seien.

Präsident Mitterrand erkundigt sich, was Gorbatschow dem Bundeskanzler gegenüber äußere.

Der Bundeskanzler bemerkt, er denke, daß er ihn sehr bald treffen werde. Er wolle ihm sagen, daß er nichts tun wolle, was die Lage erschwere, und daß man Zeit brauche. Gorbatschow selbst habe wachsende Probleme bei der Versorgung und in der Nationalitätenfrage. Er wolle hier nur das Baltikum und die Vorfälle an der iranischen Grenze nennen. Wenn es uns gelinge, die Probleme zeitlich zu entzerren, und wenn Gorbatschow Vertrauen habe, daß wir kein *Fait accompli* schaffen wollen, sehe er, der Bundeskanzler, eine Chance für ein

11 Ein Halbsatz nicht freigegeben.

12 Gemeint: Ministerpräsident Modrow.

13 Neun Sätze nicht freigegeben.

Arrangement. Voraussetzung sei, daß sich die innenpolitische Lage in der Sowjetunion beruhige. Der Bundeskanzler wolle eventuell im Februar mit Präsident Mitterrand sprechen, ob man über die EG Gorbatschow helfen könne.

Präsident Mitterrand wirft ein, daß die Vorbereitungen betreffend die Ost-West-Bank gut vorankämen.<sup>14</sup> Es bestehe hier eine enge Zusammenarbeit.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

Präsident Mitterrand fährt fort, Gorbatschow sehe wohl, daß ein Zurück nicht möglich sei. Aber irgendwann würden die Menschen in Moskau sagen, wir wollen auch Pluralismus. Dann würden sich eventuell die Gegner stärker formieren. Wenn Gorbatschow für das Amt eines europäischen Präsidenten kandidieren würde, hätte er mehr Chancen als in der Sowjetunion. Der Bundeskanzler stimmt zu. Er bemerkt, das Problem in diesen Ländern sei der Verlust des Vertrauens. Dies sei auch nicht erstaunlich, wenn die Menschen dort jetzt lesen würden, wie die Oberschicht gelebt hat. Ihm, dem Bundeskanzler, vertrauten die Menschen in der DDR. Sie hätten jedoch zum Teil unrealistische Vorstellungen. Der Vorteil sei, daß sie unglaublich vernünftig seien (der Bundeskanzler berichtet von seiner Rede an der Frauenkirche in Dresden am 19. 12. 89). Es seien nicht mehr die Deutschen von 1932. Die Deutschen von heute wollten Frieden, Europa; sie wollten keinen Streit. Es habe in der DDR keine antisowjetischen Demonstrationen und keine Übergriffe gegen die Rote Armee gegeben. Dies habe Modrow bestätigt. Gorbatschow habe ihm gegenüber erklärt, er habe Furcht vor Ausschreitungen. Nichts sei jedoch geschehen. Das Problem der SU-Armee in Deutschland sei, daß es viele Deserteure gebe. Es herrsche brutale Disziplin.

Auf Frage Präsident Mitterrands führt der Bundeskanzler aus, er habe Modrow gegenüber erklärt, daß ein Prozeß gegen Honecker nichts nutze. Zur Persönlichkeit von Präsident Havel bemerkt der Bundeskanzler, er sei ein Intellektueller, der in der deutschen Tradition stehe und ein großer Idealist sei. Er sei ein europäischer Kopf. ...<sup>15</sup> In wenigen Monaten müsse in Ordnung gebracht werden, was über Jahrzehnte in Unordnung geraten sei. Seine moralische Autorität sei nur der Mazowieckis vergleichbar. (Der Bundeskanzler berichtet über seinen Besuch in Prag im letzten Jahr und sein Gespräch mit Kardinal Tomášek.)<sup>16</sup>

Das Gespräch endet gegen 15.30 Uhr.

Gegenüber Medienvertretern wurde bei einem informellen Fototermin u. a. folgendes geäußert:

Präsident Mitterrand bezeichnet als wichtigste Aufgabe die Stärkung der Gemeinschaft der Zwölf. Was soll mit den anderen geschehen? Langfristig gesehen müssen alle einbezogen werden. Das deutsche Problem und das Problem Europa müßten zusammen gelöst werden. Der Bundeskanzler bezeichnet das Gespräch als interessant und sehr freundschaftlich. In der jetzigen Lage und angesichts der dramatischen Veränderung sei es für ihn entscheidend, daß der Weg mit unseren Nachbarn und Freunden gemeinsam fortgesetzt werde. Vor allem mit Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen seien schon bisher von größter Bedeutung gewesen; in den neunziger Jahren würden sie noch größere Bedeutung haben. Er wolle Adenauer nennen, der gesagt habe, das deutsche Problem könne nur unter einem europäischen Dach gelöst werden. Es sei jetzt Geduld und Verständnis füreinander gefordert. Er stimme Präsident Mitterrand zu, es sei jetzt wichtig, auf dem Weg der europäischen Gemeinschaft voranzugehen und Perspektiven für die Länder Mittel- und Osteuropas zu fin-

14 Gemeint: die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, deren Errichtung auf der Tagung des Europäischen Rates am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg beschlossen worden war. Zum Stand der Vorbereitungen Mitte Februar 1990: Vermerk des Ministerialrats Ludewig, 15. Februar 1990; BK, 211 – 30104 F 2 Fr 24, Paris, 15.2.1990, Hauptvorgang.

15 Ein Satz nicht freigegeben.

16 Nr. 134 Anm. 4.



den. Der Begriff der Konföderation gelte für diese Entwicklung. Er gelte nicht für die innerdeutsche Situation. Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion müßten berücksichtigt werden.

*Neuer*

**Nr. 136**  
**Besprechung der beamteten Staatssekretäre**  
**Bonn, 8. Januar 1990**

BArch, B 136/24370, 51 – 14223 Sta 1 Bd. 6. – Ergebnisprotokoll des RL Wormit, 8. Januar 1990. Verteiler: StM Stavenhagen, alle beamteten Staatssekretäre, AL 1, AL 2, AL 3, AL 4, AL 5, AL 6, LASD, MD Schmülling (BPA), LKB, PR/Chef BK, Herr Wormit, Frau Groschek, VS-Registrierung. Vorlage an BM Seiters mit der Bitte um Billigung, abgezeichnet: „[Seiters]“. – Besprechungsbeginn: 9.00 Uhr.

Nach dem Eindruck von St Neusel verlaufen die deutsch-deutschen Regierungsgespräche in den einzelnen Politikbereichen unterschiedlich intensiv. Angesichts der augenblicklichen Entwicklung in der DDR und des Echos hierauf wirft er die Frage auf, ob bei den Kontakten die bisherige Linie beibehalten werden solle und ob vielleicht Abstimmungsbedarf innerhalb der Bundesregierung bestehe.

BM Seiters kündigt an, nach seinen heute vorgesehenen Gesprächen gegebenenfalls kurzfristig zu weiteren Abstimmungen zwischen den Häusern einzuladen. Im übrigen müsse weiter behutsam auf dem Weg der Kontakte vorangeschritten werden, und dabei sei jede Über-eilung zu vermeiden. Alle bisherigen Vereinbarungen seien den Menschen in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen zugute gekommen; dies gelte etwa für die Themen Zwangsum-tausch, Visapflicht oder Durchlässigkeit der Grenzen. Die in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes, der Telekommunikation oder in Verkehrsfragen würden sich ebenfalls zum Vorteil aller Deutschen auswirken. Die weitere Zusammen-arbeit auf Regierungsebene sei stets nachdrücklich unter den Vorbehalt bestimmter unum-kehrbarer Veränderungen in der DDR gestellt worden. Die Standfestigkeit der Bundesregie-rung in grundsätzlichen Positionen stehe außer Frage. Die Vorschläge der Opposition zur Gestaltung der Kontakte zur DDR-Regierung ließen jede Linie vermissen; sie enthielten keine seriösen Perspektiven. Die Politik der Bundesregierung sei von Anfang an auch be-stimmt gewesen durch das Bemühen, den Bürgern in der DDR Perspektiven für ihre dortige Zukunft zu eröffnen. Hieran habe sich nichts geändert. Von daher sollten die Kontakte wie geplant fortgesetzt werden. Dabei müßten kurzfristige Abstimmungen zwischen dem Kanz-leramt und den Ressorts angesichts der raschen Entwicklungen vorbehalten bleiben.

In der anschließenden Diskussion skizzieren mehrere St[aatssekretär]e den Stand der Kon-takte ihrer Ressorts. Übereinstimmend wird der Fortgang von Gesprächen befürwortet, die späteren Bindungen insbesondere im finanziellen Bereich vorgelagert seien.

St Jagoda äußert Bedenken gegen die Aufrichtigkeit der Reformbereitschaft der SED. Sein Vorschlag, bei nächster Gelegenheit diesbezügliche Erfahrungen einzelner Ressorts in der Runde der beamteten Staatssekretäre auszutauschen, wird von BM Seiters begrüßt. Er werde diesen Punkt aufgreifen.

...<sup>1</sup>

*Wormit*

1 Nicht abgedruckt: Punkte „1. Tagesordnung für die Kabinettsitzung am Mittwoch, dem 10. Januar 1990, 9.30 Uhr, Bundeskanzleramt“, „2. Kabinettszeitplanung“ und „3. Verschiedenes“.